

1 Papier der Jungen Union Rems-Murr: Leitlinien für einen modernen
2 Konservatismus

3
4 Beschlossen auf der Kreisjahreshauptversammlung am 1. April 2017 in Schorndorf
5
6

7 **Einleitung**

8 Wir wollen Deutschland gestalten und bürgernahe Politik für die Menschen machen. Als Vertreter
9 der jungen Generation liegt uns eine gute Zukunft, in der sich Wohlstand aufrechterhalten, Sicherheit
10 gewährleisten und Zuversicht verbreiten lässt am Herzen. Da aus der jungen Generation die
11 Leistungsträger von morgen hervorgehen, müssen ihre Interessen besonders lautstark artikuliert
12 werden. Gerade als junge Menschen sehen wir die größten und besten Chancen für das Erreichen
13 dieser Ziele im politischen Konservatismus. Nicht nur politisch unruhige Zeiten erfordern klare
14 Bekenntnisse und Haltungen, die zu überzeugen wissen und für unser Land und seine Bürger echten
15 Fortschritt und zufriedenstellende Lebensumstände bedeuten. Politik ist immer auch Antrieb und
16 Motor für die Veränderungen und Herausforderungen einer Gesellschaft und entscheidet somit über
17 die Geschwindigkeit von Wandel und Erneuerung. Zielführende Politik ist daher nicht die bloße
18 Erfüllung von ideologischen Schnittmustern oder das Herbeiführen eines möglichst umfassenden
19 gesellschaftlichen Zeitenwandels, sondern die konkrete Entscheidung über die Lebensumstände des
20 Bürgers und Wahrnehmung seiner Interessen. Stärker als andere Weltanschauungen orientiert sich
21 der Konservatismus hierbei an der praktischen Lebenswirklichkeit der Menschen und ihren realen
22 Bedürfnissen. Wir nehmen die Menschen wie sie sind und bevormunden sie nicht. Demokratie hat
23 nicht zur Aufgabe den Bürgern neue Weltanschauungen ans Herz zulegen oder gar als einzig richtig
24 und alternativlos zu verkaufen. Unser Staat ist nicht das Experiment einer politischen Elite, um so
25 schnell als möglich die Bürger in die eine oder andere politische Richtung zu zwingen, sondern das
26 möglichst friedliche und an rechtsstaatlichen Kriterien ausgerichtete Zusammenleben seiner Bürger
27 als Summe individueller Fähigkeiten, Ideen und Leistungen unter dem Gesellschaftsvertrag der
28 Demokratie und des Pluralismus. In keiner anderen Staats- oder Regierungsform ist die freie
29 Meinungsäußerung, die Vertretung persönlicher Interessen, politische Teilhabe und der Schutz der
30 persönlichen Freiheit besser gewährleistet als in der parlamentarischen Demokratie. Der
31 Grundpfeiler unserer Idee des modernen Konservatismus ist daher die Bewahrung des derzeitigen
32 demokratiepolitischen Systems und die daraus resultierende praktische Rechtsgültigkeit von
33 Menschen- und Bürgerrechten. Wo es sinnvoll und durchsetzbar ist, setzen wir uns für progressive
34 Ideen ein. Doch wo Wandel und Neuausrichtung den Menschen keinen unmittelbaren Mehrwert

35 einbringen, verwehren wir uns dagegen und halten am Bewährten fest. Denn außer Frage stehen für
36 uns die Tradition des historisch Gewachsenen und die Beibehaltung dessen, was uns stark macht.
37 Nicht umsonst sind wir dem Ausspruch von Franz Josef Strauß verpflichtet: „Konservativ heißt an der
38 Spitze des Fortschritts zu stehen.“ Wir sind der Meinung, dass die Stärkung der konservativen Wurzel
39 unserer Partei dringend notwendig ist und diese für die Herausforderungen der kommenden Jahre
40 zukunftsfest gemacht werden muss.

41 Ziel dieses Papiers ist die Bestimmung einiger Leitlinien, an denen sich ein moderner Konservatismus
42 orientiert und aus denen er hervorgeht. Dem begrenzten Umfang geschuldet können dabei nicht
43 sämtliche Politikfelder beleuchtet oder jedes angesprochene Thema ausführlich bis ins letzte Detail
44 besprochen werden.

45

46 **Werte & Identität**

47 Fragen von Identität und Werten sind keine Fragen von gestern. Baden-Württemberg ist unsere
48 Heimat, Deutschland unser Vaterland. Wir sind Patrioten und bekennen uns zu Deutschlands
49 Tradition und seiner Geistes- und Kulturgeschichte. Schwarz-rot-gold ist geprägt von den Einflüssen
50 der Religion, des Humanismus und der Aufklärung, dem Streben nach Einheit und Freiheit des 19.
51 Jahrhunderts sowie des Parlamentarismus und der Rechtsstaatlichkeit. Wir bezeugen nicht nur
52 unseren Respekt vor diesen historisch gewachsenen Prägekräften, sondern fordern ihn auch von
53 jedem einzelnen Mitbürger ein. Nur wer sich klar zur eigenen Kultur bekennt, kann glaubhaft
54 anderen Kulturen mit dem gleichem Respekt und der gleichen Würde entgegenkommen und auf der
55 Basis der unveräußerlichen Menschenrechte Gemeinsamkeiten suchen und finden. Diese patriotisch-
56 demokratische Grundhaltung erwarten wir vor allem von unseren Landsleuten, denn die
57 einheimische Bevölkerung muss sowohl für Zuwanderer und Migranten als auch für kommende
58 Generationen Vorbild sein. Ohne die Achtung der staatlichen Autoritäten, wie etwa den
59 Exekutivbehörden oder dem Justizwesen, ist ein friedliches Zusammenleben nicht möglich. Jeglicher
60 Extremismus, ob von links, rechts oder von religiös-fundamentalistischer Seite ist zu ahnden und zu
61 bekämpfen, Vereine mit extremistischer Gesinnung sind zu verbieten. Wir bekennen uns klar zum
62 Geschichts- und Gemeinschaftskundeunterricht an Schulen und der wertvollen Gedenk- und
63 Gedächtnisarbeit. Als sichtbares Zeichen unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung fordern
64 wir mehr Schwarz-Rot-Gold im öffentlichen Raum, etwa durch Dauerbeflaggung der Rathäuser und
65 Landratsämter.

66 Deutschland ist christlich-jüdisch geprägt und Teil der abendländischen Kultur. Daraus resultiert
67 unser christliches Menschenbild. Wir betrachten die Menschen als Geschöpfe Gottes und betonen
68 daher deren Unterschiedlichkeit.

69 Für viele Konservative ist der Glaube auch ganz persönlich von zentraler Bedeutung. Das „C“ in
70 unserem Parteinamen erinnert an die Prägung unserer Gründer, die sich christlichen Werten
71 verpflichtet sahen und in diesem Geist das Vaterland nach dem Kriege wiederaufgebaut haben. Mit
72 der CDU gab es erstmals eine gemeinsame Partei von Katholiken und Protestanten. Für uns ist das
73 „C“ bis heute Auftrag und Verpflichtung. Wir setzen uns für den Schutz des Lebens und gegen
74 Erleichterungen von Abtreibungen ein. Wir stehen zum konfessionsgebundenen Religionsunterricht
75 an staatlichen Schulen und setzen uns für die Gleichbehandlung kirchlicher und staatlicher Bildungs-
76 und Erziehungseinrichtungen ein. Um unserer Verantwortung vor Gott und den Menschen auch
77 symbolisch die gebotene Bedeutung zu verleihen, plädieren wir für die Aufnahme eines Gottesbezugs
78 in jede der 16 Landesverfassungen. Weihnachten und andere christlichen Feste sind für uns weder
79 unzeitgemäß noch Maßnahmen zur Konsumbelebung. Daher wenden wir uns strikt gegen alle
80 Versuche der Verwässerung unserer Tradition, etwa Weihnachtsmärkte in „Wintermärkte“ oder den
81 St. Martins-Umzug in ein „Sonne, - Mond und Sternfest“ umzubenennen. Falsch verstandene
82 Toleranz führt zu einer Abwertung der eigenen Sitten und Gebräuche und ist daher klar abzulehnen.
83 Überall dort wo Menschen in ihrem praktischen Alltag freie Entscheidungen treffen wollen, etwa bei
84 der Ernährung, der Wahl der Verkehrsmittel oder der Kindererziehung sollen sie dies tun. Verbots-,
85 Zwangs-, oder Umerziehungspolitik steht unserem freiheitlich-konservativen Denken diametral
86 gegenüber.

87 **Familie & Erziehung**

88 Der zentrale Begriff der Familie ist in den vergangenen Jahren immer weiter verwässert worden.
89 Sinnlose und wirtschaftsfeindliche Maßnahmen aus dem Bereich der Frauenpolitik, wie etwa die
90 Einführung einer gesetzlichen Frauenquote für DAX-Vorstände oder sogenannter
91 Transparenzrichtlinien in puncto Lohngleichheit, haben die klassischen Anliegen der Familien
92 verdrängt. Doch Familienpolitik ist mehr als bürokratisches Kleinklein. Wir müssen die Anliegen von
93 Familien ernst nehmen, denn Familie ist Zukunft. Sie ist der Ausgangspunkt für die individuelle
94 Selbstentfaltung eines jeden Menschen und übt als „Keimzelle der Gesellschaft“ einen
95 beachtenswerten Teil der Verantwortung für unser aller Zusammenleben. Familie ist da wo Kinder
96 sind, dort wo mehrere Generationen sich gegenseitig unterstützen und für einander einstehen. Die
97 Aspekte der vertrauensvollen Atmosphäre, des Zusammenhalts und der Fürsorge sind klassische
98 konservative Werte. Da sie den unmittelbaren Alltag der Menschen berühren sprechen wir uns für

99 einen unterstützenden, aber ansonsten defensiven Staat aus. Wir wollen, dass Familie über Familie
100 entscheidet und nicht der Staat.

101 Familienpolitik beginnt beim Aufbau einer familiären Existenz. Wir müssen Paaren den
102 Entscheidungsschritt für ein Leben mit Kind leichter machen. Dazu gehört eine familienfreundlichere
103 Arbeitswelt und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Arbeitgeber müssen sich stärker
104 um Mütter oder werdende Mütter bemühen und ihnen gleichwertige Chancen bieten. Das
105 Betreuungsangebot für Kleinkinder muss bedarfsgerecht ausgebaut werden. Kindergeld, Elterngeld,
106 Kinderzuschlag, Unterhaltsvorschuss und Mutterschaftsgeld sind als Zeichen der Anerkennung von
107 Familien- und Erziehungsleistungen zu begrüßen. Wir sprechen uns weiterhin für eine Senkung der
108 Grunderwerbssteuer und die Einführung eines landesweiten Betreuungsgeldes aus. Eine Kita-Pflicht
109 lehnen wir ab, da wir den Eltern die Entscheidung über das Heranwachsen ihrer Kinder
110 vertrauensvoll überlassen. Beide Erziehungsformen sind gleich zu behandeln. Wir verurteilen den
111 gesellschaftlichen Druck, dem sich Eltern, die auf die Inanspruchnahme von Kindertagesstätten
112 verzichten zunehmend ausgesetzt sehen. Es ist darauf zu achten, dass familienpolitische Maßnahmen
113 stets auf das Kindeswohl ausgerichtet sind. Ein vollständiges Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche
114 Paare lehnen wir daher ab, da nach unserer Überzeugung beide Geschlechter in der Erziehung
115 unerlässlich sind und wir das Konzept der Leihmutterethik ethisch nicht verantworten können.

116

117 **Bildung & Wirtschaft**

118 Die Familie ist eine vom Staat weitestgehend unabhängige und doch geschützte Institution. Bei der
119 Bildung kommt der Staat an entscheidender Rolle ins Spiel. Für uns steht erneut das Wohl des
120 Kindes, also die individuell bestmögliche Schulbildung und Förderung im Mittelpunkt. Getreu dem
121 Humboldt'schen Bildungsideal soll der Schwerpunkt in den Schulen auf einer breiten
122 Allgemeinbildung liegen. Um jedem Kind die besten Chancen zu ermöglichen, sprechen wir uns für
123 ein möglichst differenziertes und mehrgliedriges Schulsystem aus. Hier gilt es die Schüler weder zu
124 unter- noch zu überfordern, weshalb unserer Meinung nach die Wiedereinführung einer
125 verbindlichen Grundschulempfehlung unerlässlich ist. Wir bleiben bei unserer ablehnenden Haltung
126 gegenüber der Gemeinschaftsschule, da wir glauben, dass sie dem Ziel individueller Förderung nicht
127 gerecht wird und sprechen uns daher gegen die Genehmigung weiterer Standorte aus. Um ein
128 vergleichbares und gerechtes Abbild der Leistungen der Schüler zu gewährleisten, fordern wir die
129 Einführung eines Zentralabiturs, welches sich langfristig am Niveau des bayerischen Abiturs
130 orientieren sollte. Jeder Mensch ist mit eigenen Talenten und Fähigkeiten ausgestattet, die es durch
131 eine vernünftige Bildungs-, Wissenschafts- und Wirtschaftspolitik zu fördern gilt. Unsere

132 gesellschaftliche Anerkennung gilt denjenigen, die etwas leisten und sich für dieses Land und seine
133 Menschen engagieren, ob beruflich oder privat.

134 Um der Unterschiedlichkeit von Menschen, aber auch der Vielfalt unserer beruflichen Landschaft
135 Rechnung zu tragen, sprechen wir uns gegen den allgemeinen Akademisierungswahn aus. Nicht alle
136 Wege müssen zum Abitur führen, nicht alle Wege an die Universität. Bildungsgerechtigkeit bedeutet
137 die Sicherstellung einer allgemeinen Bildung und optimalen Chancen für eine spätere berufliche
138 Existenz. Nicht eine spezielle Schulart oder ein bestimmter Lebensweg ist entscheidend für die
139 Zukunft, sondern Bildung im Allgemeinen. Wir sind stolz auf unser duales Ausbildungssystem in
140 Deutschland. Diesem verdanken wir die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit Europas und eine in vielen
141 Bereichen leistungsfähige Industrie und Infrastruktur. Wirtschaft und Wissenschaft müssen Hand in
142 Hand gehen und die Zeichen der Zeit erkennen. Die digitale Revolution muss zum Wohl des Alltags
143 und des deutschen Arbeitsmarkts gestaltet werden. Die Eroberung neuer Märkte und die
144 Aufrechterhaltung deutscher Weltmarktführerschaft können nur durch ein klares Bekenntnis zum
145 Freihandel erfolgen. „Made in Germany“ muss Qualitätsmerkmal bleiben.

146 Wir unterscheiden auch und gerade in der Bildungspolitik zwischen realistischem Ziel und
147 Wunschvorstellung. So sind das Erreichen eines anerkannten Schulabschlusses nach dem Besuch der
148 weiterführenden Schule sowie die Beherrschung der deutschen Sprache in Wort und Schrift
149 unerlässliche Kernziele. Bildungspolitik ist auch Präventionspolitik, Integrationsprobleme müssen
150 frühzeitig angegangen werden. Eine stimmige Inklusionspolitik, also die Integration von Menschen
151 mit körperlicher oder geistiger Behinderung in den Schulalltag, sollte auf Machbarkeit achten und
152 akzeptieren, dass nicht jedes Kind zu inkludieren ist. Inklusion kann überall dort eingesetzt werden
153 wo sie ins Schulkonzept hineinpasst und Gegebenheiten existieren. Sie kann und darf nicht überall
154 zur Regel werden. Kinder mit und ohne Behinderung können nicht in allen Bereichen voneinander
155 profitieren, auch hier muss der individuelle Nutzen für das einzelne Kind in den Mittelpunkt der
156 Betrachtung gestellt werden. Behinderte und nicht behinderte Kinder können nicht in allen
157 Bereichen voneinander profitieren, da die Frage nach dem größten Nutzen für das Kind zu stellen ist.
158 Ebenso lehnen wir unwissenschaftliche Experimente an deutschen Schulen und Hochschulen ab, die
159 sich nicht für die Allgemeinbildung eignen, sondern lediglich ideologische Auswüchse linker Politik
160 sind. Bestes Beispiel ist die Gender-Forschung an deutschen Universitäten und das Gender-
161 Mainstreaming als Richtlinie an deutschen Schulen. Ideologie darf Wissenschaft nicht zuvor greifen,
162 staatliche Gelder sollten nur seriösen Projekten zugutekommen. Das Gender-Mainstreaming geht
163 von der Tatsache aus, dass das Geschlecht des Menschen und die sich daraus resultierenden
164 Rollenverständnisse sozial erworben, also anerzogen sind. Die durch die Natur vorgegebene Existenz
165 von genuin männlichem und genuin weiblichem Leben und ihres gesellschaftlichen Niederschlags

166 wird aus ideologischen Gründen negiert oder in Frage gestellt. Fragestellungen der Gender-Theorie
167 eignen sich nicht für seriöse Wissenschaft, weil sie kontrafaktisch argumentieren und somit der
168 Realität Gültigkeit absprechen. Die von Gender-Ideologen durchgesetzte Zerrüttung der deutschen
169 Sprache durch wenig natürliche „nd-Formen“ bei Berufsbezeichnungen oder durch Beifügung von
170 Gender-Sternchen und Unterstrichen ist als weltfremd und völlig sinnlos abzulehnen.

171 **Haushalt & Finanzen**

172 Oberstes Gebot konservativer Finanzpolitik ist Solidität und die Anerkennung von Leistungen der
173 Bürgerinnen und Bürger. Die Schuldenlast von Bund, Ländern und Kommunen verunsichert Bürger
174 wie Investoren und muss konsequent zurückgeführt werden. Weder Privathaushalte noch die
175 öffentliche Finanzwirtschaft können es sich leisten auf Dauer mehr Geld auszugeben als
176 einzunehmen. Generationengerechtes Haushalten ist uns ein Kernanliegen, da die Schulden von
177 heute die Steuern von morgen sind: Daher ist die mittlerweile auch europaweit verankerte
178 Schuldenbremse ein notwendiger und richtiger Schritt. Automatische Sanktionsmechanismen
179 verstärken den Druck zur Vorlage sauberer Budgets. Solche Instrumente erachten wir für notwendig,
180 um bei der Ausgabepolitik des Staates Maß und Mitte zu halten. Mit dem Geld der Steuerzahler wird
181 viel zu oft leichtsinnig umgegangen. Ausufernde Staatsverschuldungen schränken die
182 Wettbewerbsfähigkeit von Staaten ein und erschweren ihnen den Zugang zum Kapitalmarkt.
183 Schuldenfinanzierte Arbeitsmarktprogramme sind nur im Notfall anzuwenden. Die Turbulenzen
184 durch die Staatsverschuldungen in der Euro-Zone verdeutlichen auch den Zusammenhang von
185 anspruchloser Budgetierung und sozialen Krisen. Harte Maßnahmen zur Konsolidierung von
186 Staatswesen und Öffentlichen Haushalten sind unerlässlich. Unzumutbare Haftungen in der
187 Währungsgemeinschaft sind zu umgehen. Daher muss ein geregelter Austritt aus der Euro-Zone aus
188 sozialen und wirtschaftlichen Gründen als Option in das EU-Vertragswerk eingearbeitet werden. Der
189 Länderfinanzausgleich in der Bundesrepublik Deutschland ist dringend reformbedürftig. Unter den
190 Bundesländern herrscht zwangsläufig ein Wettbewerbscharakter, der allerdings deutliche
191 Unterschiede in der Spar- und Leistungsbereitschaft erkennen lässt. Leistung muss sich lohnen, daher
192 muss die gegenwärtige Bestrafung von Geberländern abgemildert werden. Auch in der Steuerpolitik
193 setzen wir auf das Prinzip der Leistungsgerechtigkeit: Die hart Arbeitenden dürfen vom Staat nicht im
194 Stich gelassen werden. Unsere Maxime sind möglichst niedrige Steuern und möglichst wenig
195 Bürokratie, auf allen Ebenen. Steuererhöhungen sind stets nur das letzte Mittel und erst dann
196 anzuwenden, wenn das fehlende Geld nicht an anderer Stelle aufgetrieben werden kann. Daher
197 begrüßen wir eine Politik, die Unternehmen die notwendigen Spielräume zugesteht, damit unsere
198 Wirtschaft dynamisch und fortschrittlich zum Wohle der Arbeitswelt gestaltet werden kann. Des
199 Weiteren fordern wir die dauerhafte Abschaffung der Kalten Progression. Dies sollte durch die

200 Verankerung von automatischen Anpassungsmechanismen im Steuerrecht erfolgen, welche den
201 Steuertarif an die jährliche Inflationsrate anpassen. Das Ende dieser versteckten Steuererhöhung ist
202 längst überfällig.

203 Wir sprechen uns für die Abschaffung der Erbschaftssteuer aus, da es sich um bereits versteuertes
204 Geld handelt. Eine ausufernde und durch Steuererhöhungen finanzierte Umverteilungspolitik lehnen
205 wir ab, da der Staat kein Einnahme-, sondern ein Ausgabeproblem hat. Unter sozialen
206 Gesichtspunkten sollen Steuern, die sich am Einkommen orientieren obere Einkommensschichten
207 deutlich höher belasten als niedrige. Grundsätzlich sollte aber keine natürliche oder juristische
208 Person mehr als die Hälfte seines Einkommens oder Vermögens an den Staat abgeben müssen.
209 Finanzielle Zuwendungen wie etwa das Kindergeld müssen sich bei intereuropäischem Transfer dem
210 Lohnniveau des jeweiligen EU-Mitgliedslandes anpassen. Die sozialen Sicherungssysteme, der
211 Generationenvertrag und die Lebensarbeitszeit müssen dem demographischen Wandel standhalten
212 und daher mit zukunftsfesten Maßnahmen sattelfest gemacht werden. Die sozialpolitischen
213 Maßnahmen der Großen Koalition haben aus unserer Sicht die Unzumutbarkeitsgrenze deutlich
214 überschritten. Daher ist das Renteneintrittsalter dem erwarteten Anstieg der Lebenserwartung
215 anzupassen.

216 Als Konservative bekennen wir uns klar zur Finanzhoheit der Kommunen. In die Finanzpolitik gilt wie
217 im Allgemeinen das Prinzip der Subsidiarität. Jede staatliche Ebene sollte sich um die Probleme
218 kümmern, die sie selbst am besten lösen kann. Kommunen sollen auch weiterhin das Recht auf
219 eigene Steuersätze haben.

220 **Innere Sicherheit & Zuwanderung**

221 Kernaufgabe des Staates ist der Schutz seiner Bürgerinnen und Bürger. Es ist die zentrale Pflicht der
222 Politik, die Sicherheit der Menschen in unserem Land zu gewährleisten und durch einen starken
223 Staat, der auf die Einhaltung und Durchsetzung der Gesetze achtet, seinen Bürgern ein Leben in
224 Freiheit zu ermöglichen. Konkrete Bedrohungen und Herausforderungen für das friedliche
225 Zusammenleben in Deutschland erfordern kluge Maßnahmen und sinnvolle Strategien, vor allem
226 aber ein klares Bekenntnis zur Arbeit unserer Sicherheitskräfte und Geheimdienste. Auch politische
227 Konkurrenten von links scheinen nach und nach den vermehrten Handlungsbedarf beim Thema
228 Innere Sicherheit und Bewahrung des Rechtsstaats zu erkennen und fallen dennoch hier und da
229 durch unqualifizierte und unverhältnismäßige Äußerungen in Bezug auf Polizeieinsätze auf. Dabei
230 wäre ohne die wertvolle Arbeit unserer Polizei ein sicheres Leben in Freiheit nicht denkbar.
231 Wohlstand, wirtschaftliche Entfaltung und demokratischer Gemeinsinn sind ohne Sicherheit nicht
232 möglich. Wir stehen daher klar hinter unserer Polizei und all jenen, die unsere Werte verteidigen und

233 die Funktion des Rechtsstaats aufrechterhalten. Der Beruf des Polizisten muss attraktiver gemacht
234 werden, der freiwillige Polizeidienst gestärkt, mehr in Sicherheitstechnik investiert und
235 Videoüberwachung auf öffentlichen Plätzen möglichst flächendeckend ausgebaut werden. Wir sind
236 dankbar für jede rechtsstaatliche Form der Verbrechensbekämpfung, auch der präventiven. Dem
237 Staat darf der Zugriff auf Telekommunikations-, und Verbindungsdaten nicht verwehrt werden,
238 Gefährder müssen mit der elektronischen Fußfessel überwacht werden. Eine Auflösung des
239 Verfassungsschutzes lehnen wir ab.

240 Derzeit ist der islamistische Terrorismus die größte Gefahr für die Sicherheit in Deutschland. Die Art
241 und Weise der islamischen Lehre in einigen Moscheen und muslimischen Bildungseinrichtungen
242 hierzulande bereitet uns große Sorgen, da junge Menschen hier mit Salafismus und radikalem
243 Islamismus in Berührung gelangen. Die freie Religionsausübung muss gewährleistet sein, aber
244 fundamental-religiöse Strömungen, deren Werte nicht mit denen des Grundgesetzes vereinbar sind,
245 können nicht die Partner unserer Gesellschaft sein. Religiös-politische Einflussnahme aus dem
246 Ausland ist generell zu unterbinden, sogenannte Moschee-, und Integrationsvereine, aber auch die
247 großen Islamverbände sind auf deren Verfassungstreue zu überprüfen. Gegebenenfalls sind
248 Kooperationen und staatliche Förderung solcher Organisationen unverzüglich auszusetzen, im Falle
249 von DITIB muss die Zusammenarbeit beendet werden. Um ein friedliches Miteinander von
250 islamischer Kultur und freiheitlich-demokratischer Grundordnung sicherzustellen, müssen islamische
251 Religionslehrer in deutscher Sprache unterrichten.

252 Extremisten muss der deutsche Pass entzogen werden. Als Konservative sprechen wir Probleme
253 offen und ehrlich an und scheuen uns nicht Fehler der Vergangenheit rasch zu korrigieren. Zu lange
254 wurden in Deutschland Versäumnisse bei der Integration nicht offen angesprochen. Heute gibt es
255 Parallelgesellschaften, Ghetto-ähnliche Stadtbezirke und No-Go-Areas. Unter dem Deckmantel der
256 Religionsfreiheit strebt der politische Islam eine kulturelle Dominanz gegenüber der
257 Mehrheitsgesellschaft an. Daher fordern wir ein rigoroses Verbot von Kinder-, und Zwangsehen, von
258 Burka und Niqab und auf Wunsch des Arbeitgebers das Tragen des Kopftuchs am Arbeitsplatz. Es
259 wäre falsch verstandene Toleranz in öffentlichen Kantinen auf Schweinefleisch zu verzichten oder
260 separate Schwimmzeiten für Muslime in öffentlichen Bädern einzuführen. Deutschland muss seine
261 Integrationspolitik verbessern, es gilt Qualität vor Quantität und Gründlichkeit vor Schnelligkeit. Wir
262 sind ein Einwanderungsland und müssen uns daher selbstbewusst ein strenges Einwanderungsgesetz
263 geben, das Zuwanderung vernünftig regelt und den Bedürfnissen der deutschen Wirtschaft Rechnung
264 trägt.

265

266 **Außenpolitik & Europa**

267 Wir brauchen eine stärkere Bundeswehr. Die derzeitige Truppenstärke unserer Armee sowie deren
268 Ausrüstung wird den gestiegenen Anforderungen im 21. Jahrhundert nicht mehr gerecht.
269 Deutschland hat sich in den vergangenen 25 Jahren außenpolitisch stark zurückgehalten und seinen
270 Fokus meist auf Scheckbuchdiplomatie gerichtet. Wir sind jedoch das einwohnerstärkste und
271 wirtschaftsstärkste Land Europas und müssen daher unserer Rolle in der Welt stärker als bisher
272 gerecht werden. Zu einer stimmigen Außenpolitik gehören Konfliktlösung, Krisenprävention,
273 Demokratieförderung, Entwicklungshilfe und der weltweite Einsatz für Demokratie und
274 Menschenrechte. Die NATO ist für uns sowohl starkes Verteidigungsbündnis als auch zukunftsfestes
275 Wertebündnis. Die Welt ist sicherer, wenn der Westen und die NATO stark und selbstbewusst
276 auftreten. Das transatlantische Bündnis und die enge Freundschaft mit den Vereinigten Staaten von
277 Amerika sind der Kern unserer Außenpolitik. Wir erwarten von den USA, dass sie ihrer Führungsrolle
278 in der Welt gerecht werden und global als Ordnungsmacht in Erscheinung tritt. Europa darf sich nicht
279 als neutraler Puffer zwischen Amerika und Russland verstehen, sondern muss gemeinsam mit den
280 USA die Werte des Westens verteidigen. Europa muss aber auch selbstbewusster und robuster
281 werden. Wir bekennen uns daher zu den Zielen des NATO-Gipfels in Wales 2014 und unterstützen
282 die US-amerikanische Regierung bei ihrer Forderung nach höheren Verteidigungsausgaben. Wir
283 stehen hinter unseren Soldatinnen und Soldaten und verlangen eine höhere Akzeptanz unserer
284 Bundeswehr in der Gesellschaft. Als Konservative sehen wir in der Bundeswehr die Beschützer
285 unserer Freiheit und unserer Rechte. Unsere Soldaten riskieren im Zuge unseres Engagements in der
286 Welt in militärischen und humanitären Einsätzen oft ihr Leben, um möglichst vielen Menschen ein
287 Leben in Frieden, politischer Stabilität und demokratischer Selbstbestimmung zu ermöglichen. Unser
288 Leitbild ist das einer Bundeswehr, die durch einen intensiven Kontakt zu den Bürgern in den
289 jeweiligen Krisenherden die Probleme gemeinsam mit der Zivilbevölkerung vor Ort und nicht gegen
290 sie löst und somit Deutschland in der Welt gut repräsentiert. Konservatismus bedeutet die
291 Würdigung des Dienstes des Soldaten am Vaterland. Der Soldat agiert als Staatsbürger in Uniform.

292 Deutschland befindet sich im Herzen Europas. Wir begrüßen die europapolitische Tradition der
293 Bundesrepublik und blicken dankbar auf die unschätzbaren Leistungen von Frieden, Versöhnung und
294 Zukunftsvertrauen unserer Väter und Großväter. Das Friedensprojekt Europa muss weiterentwickelt
295 werden. Die großen Herausforderungen unserer Zeit wie Cybersicherheit, Terrorismusabwehr,
296 Wettbewerbsfähigkeit, digitale Infrastruktur und Klimaschutz sind allein auf nationaler Ebene nicht
297 mehr zu bewältigen. Das bedeutet, dass wir uns von der Europäischen Union und ihren Institutionen
298 auch außenpolitische Konzepte und Initiativen erwarten. Langfristig streben wir daher einen
299 eigenständigen Sitz der Europäischen Union im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen an. Die

300 Europäische Union darf nicht länger für Fehler und Versäumnisse der Nationalstaaten verantwortlich
301 gemacht werden. Klar ist aber auch, dass ein Europa jenseits der Nationalstaaten sowohl kulturell als
302 auch finanziell utopisch ist. Daher lehnen wir die Vereinigten Staaten von Europa ab, fordern aber
303 eine verstärkte Zusammenarbeit in den genannten Politikfeldern unter Berücksichtigung des
304 Subsidiaritätsprinzips. Erste Schritte zu einer europäischen Armee sind daher zu prüfen.

305

306 Autoren/Mitglieder der AG Konservatismus: Fabian Zahlecker (Vorsitzender AG Konservatismus),
307 Andreas Schildknecht, Juliane Wilhelm, Ann-Cathrin Simon, Nick Becker